



# Extrablatt

Bundesweiter Aktionstag der IG Metall am 29. Oktober 2021

**AKTIONSTAG 29.10.**

# FAIRWANDEL



Mit den Vereinbarungen zur Standortentwicklung und der Angleichung der Arbeitszeiten haben Betriebsrat, IG Metall und die Konzernführung wichtige Weichenstellungen für die Zukunftsausrichtung der Porsche Leipzig GmbH vorgenommen.

Die Zukunftsvereinbarung beinhaltet klare Auslastungs- und Investitionszusagen für die rund 4.300 Beschäftigten bei Porsche. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis 2030 ausgeschlossen und ein moderater Beschäftigungsaufbau ist vereinbart.

Auch die betriebliche Altersversorgung wird attraktiver gestaltet.

Unsere Kolleginnen und Kollegen in Leipzig werden künftig auch bei der Arbeitszeit gleichbehandelt.

Jetzt geht es um die Entwicklung von Betriebsvereinbarungen zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzungsschritte. Dabei müssen die verschiedenen Interessenslagen von Beschäftigten in Schichtarbeit bis hin zum indirekten Bereich Berücksichtigung finden.

Die Transformation in der Industrie gelingt nur, wenn wir die Menschen mitnehmen: Für gute und sichere Arbeitsplätze auch in der Zukunft. Diese Veränderungsprozesse müssen wir aktiv mitgestalten.

Deshalb beteiligen wir uns am bundesweiten Aktionstag der IG Metall am 29. Oktober 2021, damit unsere Forderungen auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin gehört werden.

Infos unter: [www.igmetall-bbs.de](http://www.igmetall-bbs.de)

# FAIRWANDEL

Aktion Porsche Leipzig GmbH  
28. Oktober 2021, 13:00 Uhr, Tor 3



## Deutschland muss Industrieland bleiben!

- Keine Entlassungen in der Transformation!
- Zukunftsfähige Arbeitsplätze an unseren Standorten und Regionen! Klimaschutz geht nur mit guter Arbeit!
- 500 Mrd. € öffentliche Zukunftsinvestitionen
- Gerechte Lastenverteilung! Krisengewinner zur Kasse!
- FAIRWANDEL - sozial, ökologisch, demokratisch

**Transformation der Industrie** ist mehr als Digitalisierung, neue Windräder und Ladesäulen für E-Autos. Es geht um einen grundlegenden und unumkehrbaren Wandel in dem, was wir produzieren und wie wir produzieren. Das betrifft uns alle. Es geht um die Zukunft unserer Arbeit!

Wir fordern von der neuen Bundesregierung **Zukunftsinvestitionen, Planungssicherheit und schlüssige Konzepte** für den Umbau zu einer klimafreundlichen Industrie und gleichzeitig Sicherheit und Perspektiven für uns. Der Wandel muss sozial gerecht gestaltet werden, damit stärken wir auch die Demokratie im Lande.

Wir wollen sichere Brücken in die Arbeitswelt von morgen. Neue Produk-

te, neue Wertschöpfung und neue Beschäftigung müssen hier an unseren Standorten entstehen und nicht in »Billiglohn-Ländern«.

Die Arbeitgeber sind jetzt in der Pflicht: Sie müssen investieren, Beschäftigte qualifizieren und Strategien für den Umbau von Produktion, **Lieferketten und Wertschöpfungsnetzwerken** entwickeln. Die Betriebsräte müssen frühzeitig in strategische und technologische Entscheidungen einbezogen werden.

Wir brauchen eine **Qualifizierungs offensive**, um die Kolleginnen und Kollegen auf die Arbeitswelt von morgen vorzubereiten. Dazu gehören verbindliche Ansprüche - auf Weiterbildung ohne Entgeltverlust.

Wir fordern abgesicherte **Altersübergänge** für unsere Kolleginnen und Kollegen. Die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren muss dauerhaft gesichert werden. Wir sagen unmissverständlich: Nein zur Rente mit 67 oder 68! Wer die harte Arbeit im Werk kennt, weiß, dass diese nicht bis 67 zu schaffen ist. Wer an der Schraube Rentenalter dreht, kürzt für viele Menschen in diesem Land die Rente. Das ist ungerecht.

Wir brauchen eine aktive **Industrie- und Strukturpolitik**.

Beim Ladesäulenausbau muss der Turbo gezündet werden, damit die Ladeinfrastruktur mit dem schnellen Hochlauf der Elektromobilität Schritt hält.

Bis 2030 müssen 70 Prozent des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Der **Strompreis** darf dabei nur eine Richtung kennen: nach unten. Deshalb gilt: EEG-Umlage abschaffen und aus Steuern finanzieren. Und die Stromsteuer absenken.

**Staatliche Gelder** dürfen nicht in Unternehmen gesteckt werden, die Standorte schließen, verlagern und erkämpfte Standards schleifen wollen. Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen und gleichzeitig die Produktion verlagern - das kann nicht sein!

Kein staatliches Geld für Unternehmen, die auf Tarifbindung pfeifen oder die Mitbestimmung in Frage stellen.